

Besuchsbedingungen und Anzeigentarife sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: S.W. 68, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftsgasse 9-5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.W. 68, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Deutschlands Aufnahme empfohlen.

Einstimmiger Kommissionsbeschluss. - Briand zurückgekehrt.

Genf, 11. März. (WIZ.) Die Aufnahmekommission hat heute vormittag in einer kurzen Sitzung von kaum 15 Minuten Dauer den von ihrem Unterausschuss vorgelegten Bericht über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ohne Diskussion einstimmig genehmigt und ihren Vorstehenden Sir Hauns Chamberlain zum Berichterstatter vor der Völkerbundsversammlung berufen.

Dieser Beschluss der Aufnahmekommission bedeutet, daß es Deutschland erspart bleibt, in Genf seine „Bereitschaft, seine internationalen Verpflichtungen zu erfüllen“, noch einmal prüfen zu lassen. Die Kommission hat sich damit begnügt, die Feststellungen des interalliierten Militärkomitees zur Kenntnis zu nehmen, daß Deutschland seine Abrüstungsverpflichtungen erfüllt hat. Damit ist im Falle Deutschlands der Völkerbund von seiner bisherigen Aufnahmepraxis tatsächlich abgewichen. Als z. B. Oesterreich, Bulgarien und Ungarn aufgenommen werden sollten, hat man ihre Vertreter vor der Aufnahme eingehend verhört und sie stets die Erklärung ausdrücklich abgeben lassen, daß ihre Regierungen bereit seien, ihre Vertragspflichten genau zu erfüllen. Dem deutschen Stabssekretär von Schubert war ursprünglich diese Aufgabe zugewiesen. Das man in Genf darauf verzichtet hat, ihm um Auskünfte und Zusicherungen zu ersuchen, ist ein kleines aber beachtenswertes Zeichen für die Gesinnung, in der Deutschland in der internationalen Organisation der Völker aufgenommen wird.

Italien hinter Brasilien?

V. Seb. Genf, 11. März. (Eigener Drahtbericht.) Noch hat sich die große Aufregung, die am gestrigen Abend entstand, als die ersten Nachrichten über den brasilianischen Vorstoß bekannt wurden, nicht gelegt. Nur die Tatsache, daß Briand heute morgen wieder eingetroffen ist, wirkt etwas beruhigend, weil man hofft, daß es seiner oft bewährten Ueberredungskunst gelingen wird, den zerfahrenen Karren wieder herumzuführen. Einstweilen hat Briand jedoch nur eine Unterredung mit Chamberlain gehabt, man glaubt aber, daß eine seiner nächsten Unterhaltungen mit dem Brasilianer Nello Franco stattfinden wird, auf den er einen gewissen Einfluß besitzen soll. Die Frage ist nur, ob Nello Franco auf Grund formeller Instruktionen seiner Regierung handelte, als er gestern damit drohte, den ganzen Völkerbund zu sprengen, um den brasilianischen Anspruch durchzubrüden.

Die Haltung Brasiliens erregt hier allgemeine Entrüstung, zugleich aber auch Spott. Denn dieses Vabanquispiel wird zweifellos mit einer Niederlage des südamerikanischen Staates enden. Entweder er gibt jetzt nach oder er wird im September von der Völkerbundsversammlung mit erdrückender Mehrheit aus dem

Völkerbundsrat herausgemählt. Allerdings hat es Brasilien tatsächlich noch in der Hand, die Aufnahme Deutschlands bis dahin zu verzögern. Diese Möglichkeit, so bedauerlich sie auch für die Völkerbundsleute in Deutschland und für den Völkerbundgedanken an sich wäre, ruft ganz besonders in französischen und englischen Kreisen heftige Entrüstung hervor. Nach den gestrigen Erklärungen von Paul Boncour bereitet sich für diesen Fall unter Zurückstellung der Meinungsverschiedenheiten über den polnischen Ratsstich eine deutsch-französische Einheitsfront gegen die Saboteure des Völkerbundes vor. Uebrigens hat Brasiliens Haltung sogar bei einem Teil der südamerikanischen Staaten lebhaftes Befremden hervorgerufen. So hat z. B. der Vertreter Uruguays im Völkerbund privatim erklärt, daß er die erpresserische Politik Nello Francos keineswegs billige, sondern, daß im Gegenteil der grundsätzliche Widerspruch des Schweden Lindén gegen eine Erweiterung der permanenten Ratsstiche durchaus berechtigt gewesen sei.

Genf, 11. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Inzwischen rechnet man hier mit der Möglichkeit einer weiteren Komplikation. Bisher hatte sich nämlich Italien in der Person von Scialoja durchaus korrekt und verständlich verhalten und sich ehrlich bemüht, an dem Zustandekommen eines für Deutschland und Polen tragbaren Kompromisses mitzuarbeiten. Es heißt jedoch, daß der Unterstaatssekretär Grandi, der persönliche Vertrauensmann Mussolinis, der schon in Locarno die Rolle einer jehusischen Souveräne gespielt hatte, und der auch jetzt in Genf Scialoja beigegeben worden ist, seit gestern Morgenluft wittert.

Für Mussolini, der seit dem Zwischenfall Korfu alles mehr als ein Freund des Völkerbundes ist, wäre der brüste Vorstoß Brasiliens in der Tat eine glänzende Gelegenheit, den ganzen Völkerbund zu sprengen, ohne sich selbst im Vordergrund zu exponieren. Grandi, so wird in italienischen Kreisen behauptet, habe sich inzwischen an Mussolini direkt gewandt, um für die neue Situation neue Instruktionen an Scialoja zu erwirken.

Die meisten sind zwar überzogen, daß man aus der schweren Krise, die gestern ausgebrochen ist, herauskommen wird. Und dennoch sieht nach niemand den Ausweg. Man weist darauf hin, daß die gestrige Sitzung des Völkerbundsrates zum Glück nicht offiziellen Charakter trug und daß die Drohungen, die dort ausgesprochen wurden, keinen definitiven Charakter tragen.

Daß sich die Aufnahme Deutschlands infolge der jüngsten Komplikationen jedenfalls verzögern wird, geht daraus hervor, daß die neue Vollsitzung, die für Sonnabend vormittag 11 Uhr anberaumt worden ist, nur formellen Charakter tragen wird, indem auf die Tagesordnung lediglich die Budgetfragen des Völkerbundes, sowie der Bau des künftigen Völkerbundpalais gesetzt wurde.

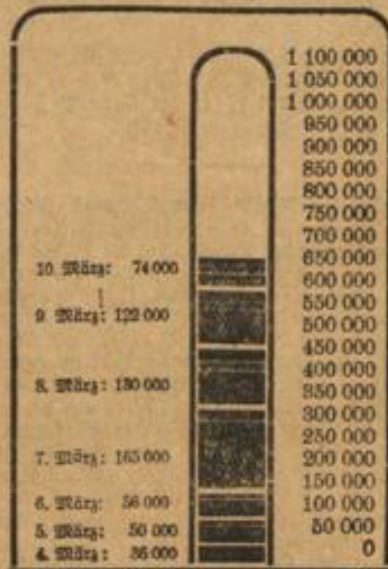
Nach einer gewissen Eintragungsmüdigkeit der ersten Tage ist der Andrang jetzt so stark, daß in mehreren der 35 Einzeichnungsorte Dugende von Einzeichnern die Lokale wieder verlassen mußten, ohne ihrer Eintragungspflicht genügen zu können.

Stuttgart, 11. März. (Eigener Drahtbericht.) Bis Mittwochabend wurden in Stuttgart 33448 Eintragungen zum Volksbegehren gebucht.

Königsberg i. Pr., 11. März. (Eigener Drahtbericht.) In der Stadt Königsberg haben sich bis zum Mittwochabend 17300 Personen in die Listen eingetragen. In der Stadt Fischhausen sind bis Dienstagabend von 1760 Wahlberechtigten 400 Eintragungen erfolgt, in Angerburg bis Dienstagabend von 3600 Wahlberechtigten 570 Eintragungen.

Köln, 11. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Zahl der Einzeichnungen in Köln haben am Mittwochabend 40000 erreicht. Der Andrang in den Einzeichnungsorten steigert sich von Tag zu Tag. Auch in Köln-Land ist die Beteiligung bisher über alles Erwarten gut, ebenso in den Orten mit rein katholischer Bauernbevölkerung in der weiteren Umgebung Kölns.

Stand des Volksbegehrens in Berlin.



Die Eintragungen im Reich.

Dresden, 11. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Dienstag brachte in Dresden mit 15000 die bisherige Rekordziffer der täglichen Einzeichnungen für das Volksbegehren. Bis Dienstagabend wurden 43545 gezählt, bei Mittwoch brachte 13200, damit stieg die Zahl der bis Mittwoch erreichten Einzeichnungen der Stadt Dresden auf 59778. Da Dresden rund 440000 Stimmberechtigte hat, ist das Sechstel bereits in der ersten Woche weit überschritten.

Ideal und Pappenstiel.

Vom Wirtswarr in Genf.

Von Paul Nathan.

Was ein Ideal ist, weiß ein jeder; obgleich ein Ideal nicht ganz leicht zu definieren ist. Was aber ein Pappenstiel ist, weiß wenigstens jeder Berliner. Es ist das wertloseste Ding von der Welt; eine Nichtigkeit, ein Nichts. Das kümmert mich einen Pappenstiel, sagt man zwischen Bilmersdorf und Weihensee, um zum Ausdruck zu bringen, daß man für diese Sache ebenso viel Interesse habe, wie für die Unterfuchung, ob auch die Mondkälber Hörner tragen. Und dieser absurden Vächerlichkeit stelle ich das Ideal gegenüber, das die gedankliche, höchste Vollendung in jeder Beziehung dessen darstellt, was in dieser Welt der Unvollkommenheit meist nur in schwächster Andeutung vorhanden ist.

Sch finde, daß die diesmaligen Verhandlungen in Genf etwa dem Gegensatz von Ideal und Pappenstiel entsprechen. Der Völkerbund in Genf soll eines der ganz großen Ideale der Menschheit verwirklichen. Die dort geschaffene Institution soll der Menschheit den ewigen Frieden bringen; gewiß nichts Kleines; und man wird voraussehen müssen, daß nur große Menschen mit Ideen voll Größe solchen Bau aufzurichten imstande sein werden.

Und was geschieht? Die Diplomaten, so etwa der gesamten zivilisierten Welt sind in Genf versammelt, und man muß annehmen, daß die dort vertretenen Staaten begabte, modern denkende Diplomaten in die Stadt am Genfer See entsandt haben und daß die mitgegebenen Instruktionen entsprechend lauten.

Und diese diplomatische Elite aus aller Weltgegenden, aus Europa und von jenseits der Weltmeere her, debattiert und verhandelt und regt die politische Welt auf, wegen der Frage, ob Polen, ob Spanien, ob Brasilien im Völkerbundsrat neben Deutschland einen bleibenden Sitz sogleich erhalten soll, oder erst zu einem späteren Zeitpunkt, nachdem Deutschland in den Rat aufgenommen worden ist.

Handelt es sich bei diesem Streit um große politische Interessengegenstände, oder um absurde politische Eitelkeiten ohne jeden ernsthaften realpolitischen Hintergrund? Ueber große politische Interessengegenstände kann man natürlich nicht tänzelnden Schritts hinwegschreiten; aber politische absurde Eitelkeiten sollte man in Genf bei einer Arbeit sogenannter hervorragender Vertreter großer Staaten nicht vermögen.

Der Standpunkt der Polen ist wenigstens zu verstehen; das ist gerechterweise zuzugeben. Man hat in Warschau die Empfindung, daß zwischen dem eigenen Staat und Deutschland politische Gegensätze durch den Vertrag von Versailles geschaffen worden sind, so ernster Art, daß sie besorgniserregend sind und zu irgendeinem Zeitpunkt in ein kritisches Stadium treten können. Daß Polen bei dieser Konstellation seine Machtposition im Völkerbund so sehr stärken möchte, wie möglich, ist zu verstehen; und ist doch keine politische Notwendigkeit.

Frankreich sieht im Rat, und die internationale Lage und die Bindungen zwischen Paris und Warschau können für Polen eine zuverlässige Garantie sein, daß Deutschland seinen Sitz im Völkerbundsrat zum Nachteil Polens auszunutzen, nicht in der Lage sein würde. Frankreich ist zweifellos ein ausreichender Bürge für die Sicherheit Polens; Frankreich ist ein hinreichender Schutz gegen jede Vergewaltigung der polnischen Republik.

Wenn nun in bezug auf Polen wenigstens im Bereich seiner gedanklich konstruierten Möglichkeiten Bedenken bestehen können, so ist für Spanien und Brasilien überhaupt kein realer Anlaß zu entdecken, der sie veranlaßt, für ihre Sicherheit im Völkerbund in besonders hohem Grade Vor Sorge zu treffen. Ihr Drängen auf einen Sitz im Rat ist eine Frage des Prestiges oder, um deutsch zu reden, der politischen Eitelkeit, und diese Eitelkeit hat nichts zu tun mit der internationalen Sicherheit und nichts zu tun mit der Aufrechterhaltung des Friedens in der Welt. Das muß in aller Nüchternheit ausgesprochen werden.

Ist wirklich die friedliche Fortentwicklung der Welt davon abhängig, daß Spanien und Brasilien im Rat sitzen? Darauf ist zu sagen: Ronsens, was höflicher klingt als Unsinn. Und wenn dem so ist, dann könnten jene Staaten wirklich auf eine Dekoration verzichten, für die dringende politische Notwendigkeiten sich nicht auffinden lassen.

Der Einwand aber, daß auch Deutschland einen Ratsstich unter allen Umständen verlangt, ist unter gar keinen Umständen in Vergleich zu den Ansprüchen jener Mächte zu stellen. Deutschland ist in seiner Entwicklung immer wieder gehemmt worden, weil es von Ost und West und von Süden und Norden aus kriegerisch bedrängt worden ist. Deutschland ist der Staat der zivilisierten Welt, der als Großmacht geographisch auf der allergefährlichsten Stelle der Welt liegt, von starken Staaten umlagert, die durch die Jahrhunderte immer wieder kriegerisch auf diese Zentralstellung unseres Erdteils eingedrungen sind. Nicht weil Deutschland auch heute eine Großmacht ist, gebührt ihm vor allem ein Platz im Völkerbundsrat, sondern — was weit wichtiger ist — weil Deutschland in seiner zentralen Stellung für die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens ein Faktor allerersten Ranges stets war und bleibt. Was für Deutschland eine politische Lebensfrage ist und was für die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens eine Vorbedingung von weitester Bedeutung ist, das ist für Spanien und Brasilien eine Frage politischen Ehrgeizes, und damit sollten diese Erweiterungen als Nichtigkeiten nicht geeignet sein, die Geschäftsführung in Genf aufzuhalten.

Es ist gewiß in hohem Grade wünschenswert, daß auch Spanien und Brasilien am weiteren Aufbau des Völkerbundes mitarbeiten; aber wenn sie den Völkerbund verlassen, dann wird die Bedeutung dieser Institution darum kaum an Wirkung Einbuße erleiden. Es wäre ein Schönheitsfehler, aber kein vitaler, kein lebensschädigender Verlust.

Diese Krise im Völkerbund wird dann ihr Gutes haben, wenn die großen sachlichen Gedanken, auf denen der Friedensbund aufgebaut ist, den Sieg davontragen über eine Prestigepolitik, die ihre Wurzeln in der Vergangenheit hat, in einer überalterten Dynastie- und Kabinettsdiplomatie, aber nicht in der Behandlung internationaler Fragen zum Besten der Bevölkerungs Massen.

Unser Genosse, der schwedische Minister Lindén hat recht getan, als er einer ungeunden Eitelkeitspolitik ohne sachliche Grundlage in Genf einen Riegel vorschob, und hoffentlich gelingt es noch, Spanien und Brasilien davon zu überzeugen, daß es würdiger ist, an der Festigung des internationalen Friedens sachlich mitzuarbeiten, und daß der Kampf um einen äußeren Ratsittel — das ist für diese Staaten der Sieg im Rat —, nicht die Blamage einer Schädigung des gesamten Genfer Aufbaues wert ist.

Um einen Pappentitel sollte ein ideales Werk nicht in Gefahr gebracht werden.

Kampf um das Abfindungskompromiß.

Demokratisches Mißtrauen — Widerstände der Volkspartei.

Das „Berliner Tageblatt“ weist in einem Artikel darauf hin, daß weder die bayerische noch die Deutsche Volkspartei als Fraktion oder Partei zum Abfindungs-Kompromiß in bindender Form Stellung genommen habe. Wenn es aber auf der einen Seite als Voraussetzung für das Zustandekommen des Kompromisses bezeichnet worden sei, daß die Kompromißparteien ihre Wähler vom Volksbegehren fernhalten, so sei es auf der anderen Seite eine weit wichtigere Voraussetzung, daß das Kompromiß die offizielle Zustimmung aller beteiligten Parteien erhält und daß es mit größter Beifügung dem Plenum des Reichstags vorgelegt wird. Die demokratische Partei habe die Pflicht, allen Verzögerungsversuchen mit Energie entgegenzutreten. Es sei kein Geheimnis, daß die demokratischen Wähler in großem Umfang mit der Parole der Nichtbeteiligung am Volksbegehren unzufrieden seien. Die demokratische Partei könne aber nicht neben jeden Wähler im Lande einen Wähler stellen. Wollte man, daß die Demokraten im Lande am Volksbegehren nicht teilnehmen, so müsse man jedes Mißtrauen beseitigen, und dazu könne das geeignete Mittel nur die dringliche Beschleunigung des Verfahrens sein.

Aus den Ausführungen des „Berliner Tageblatts“ klingt ein tiefes Mißtrauen. Ist es berechtigt? Antwort darauf gibt der Pressebericht der Deutschen Volkspartei, der einen Artikel des Reichstagsabg. Dr. Wunderlich, veröffentlicht, in dem es heißt:

Wie jeder Kompromiß, befriedigt auch dieser nicht alle, die an ihm mitgearbeitet haben. Jeder Kompromiß auf diesem schwierigen Gebiete wird Opfer der Ueberzeugung erfordern. Es wird die Aufgabe der kommenden Verhandlungen im Rechtsausschuß und im Reichstage selbst sein, die Flügelparteien rechts und links dazu zu hören und die endgültige Fassung zu finden, die es ermöglicht, daß sich zu ihr eine Zweidrittelmehrheit des Reichstags, die zur Annahme erforderlich erscheint, zusammensindet.

Spricht Abg. Dr. Wunderlich die Ansicht seiner Fraktion aus — und es liegt kein Grund vor, daran zu zweifeln —, dann denkt die Volkspartei nicht daran, das Kompromiß ohne weiteres zu unterschreiben. Sie wird Abänderungsvorschläge einbringen. Die bayerische Volkspartei wird diesem Beispiel folgen. Es wird langwierige Debatten geben, die Eintragungsfrist für das Volksbegehren

wird verschoben und was dann noch vor dem Kompromißentwurf übrigbleibt, ist nach den bisherigen Erfahrungen mit dem Rechtsausschuß kaum zweifelhaft.

Auch der zweite Versuch, das Abfindungsproblem auf dem Wege eines Kompromisses zu lösen, trägt den Keim der Unfruchtbarkeit in sich. Unter diesen Umständen bleibt kein anderer Ausweg als Volksbegehren und Volksentscheid. Dieser Erkenntnis wird sich auf die Dauer keine republikanische Partei entziehen können.

Die englische Bergbaukrise.

Der Bericht der amtlichen Kohlenkommission. — Gegen Arbeitszeitverlängerung und Staatssubventionen.

Die Krise des englischen Kohlenbergbaus lastet bereits seit Jahren auf der britischen Industrie. Die Politik der Staatshilfe für den Bergbau ist jenseits des Kanals ebenso fruchtlos geblieben wie bei uns die große Subvention, die man unter dem Vorwand der Ruhrhilfe dem deutschen Bergbau zur Verfügung gestellt hat. Bekanntlich hat schon früher die englische Arbeiterpartei weitgehende Vorschläge zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues gemacht. Jetzt hat eine unparteiische amtliche Kommission nach einer eingehenden Untersuchung einen mit großer Spannung erwarteten Bericht über die Lage des englischen Kohlenbergbaus und über die Mittel zur Bekämpfung der Krise erstattet.

Ähnlich wie im Vorschlag des Bergarbeiterverbandes, so tritt auch im Bericht der Kommission die Forderung an erste Stelle, nicht den Kohlenbergbau an sich zu unterstützen, sondern für eine bestmögliche technische und wirtschaftliche Verwendung der geförderteten Kohle Sorge zu tragen. Der Ausbau der Bergwerksindustrie soll also dahingehen, daß diese mit der Gas- und Elektrizitätserzeugung, mit der Gewinnung von Oelen und chemischen Produkten auf das engste verbunden wird.

Die Forderung nach einer Sozialisierung des Kohlenbergbaus lehnt die Kommission der Form nach ab. Inhaltlich macht sie aber Vorschläge, die der Forderung nach einer gemeinsamen wirtschaftlichen Beeinflussung der Kohlenförderung und der Kohlenverwendung viel weitgehender entgegenkommen als das etwa jemals in amtlichen deutschen Berichten geschehen ist, wenn man von den Gutachten der deutschen Sozialisierungskommission abliest. So verlangt man, daß der Staat die Kohle erwirbt, entweder durch Ankauf oder bei noch unerschlossenen Feldern durch einfache Enteignung. Gegen übertriebene Ersparisprüche der Besitzer müssen Sicherheiten geschaffen werden. Eine besondere Kohlenkommission soll die Verwaltung und Kontrolle des Bergbaues erhalten. Sie hat die Rationalisierung des Kohlenbergbaues unter sich, während gleichzeitig ein nationaler Brennstoff- und Kraftauschuß die bestmögliche Ausgestaltung der Kohlenverwendung zu bewirken hat.

Im Gegensatz zu den Unternehmerforderungen lehnt die Kommission eine Verlängerung der Arbeitszeit ebenso scharf ab wie die Aufrechterhaltung der staatlichen Zuschüsse und den allgemeinen Lohnabbau. Dagegen empfiehlt sie eine Revision der Mindestzuschläge zu den Normallohnsätzen. In schroffem Widerspruch zu der Auffassung der Arbeitgeber verlangt sie auch weiterhin den Abschluß von Lohnverträgen für das ganze Land. Daneben fordert sie den Ausbau der Gewinnbeteiligung der Arbeiterschaft am Erlös der Kohle. Der Bericht schließt mit einem Appell an Bergbauunternehmer und Arbeiter, die sich in verständlichem Einverständnis zu gemeinsamer Arbeit an dem schwierigen Bergbauproblem zusammensinden sollen.

Soweit die wichtigsten Teile des Berichtes nach den vorliegenden Presseauszügen. Schon die bisher bekannten Hinweise zeigen, wie sehr man in England bemüht ist, einen Ausweg aus der schwierigen Situation zu finden, die einerseits durch die Weltkohlenkrise und durch die Ueberproduktion, andererseits aber durch die verfehlte Politik staatlicher Subventionen und durch den Mangel an Voraussicht in

den führenden Unternehmerrreisen entstanden ist. Die Probleme liegen in England nicht viel anders als bei uns. Während sich aber der deutsche Bergbau darauf beschränkt, Kredite zur Durchhaltung seiner riesigen Haldenbestände zu verlangen, während er bei uns nicht anders wie die Unternehmer drüben auf Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzung drängt, hat man in England bereits wichtige sachliche Vorarbeiten zum Kampf gegen die Krise geleistet und hat vor allen Dingen uninteressierte Sachverständige zum Wort kommen lassen.

Noch immer Kommunistenprozesse.

Völkische Waffenlager, völkische Spitzel, Jürgens als Untersuchungsrichter.

Am Dienstag begann vor dem Staatsgerichtshof einer der letzten größeren Hochverratsprozesse gegen die Kommunisten. Der Prozeß gewinnt diesmal besonderes Interesse, weil die Ermittlungen von dem Landgerichtsdirektor Jürgens eingeleitet wurden. Es haben sich wegen Vorbereitung zum Landesverrat, Sprengstoffverbrechen, Verheimlichung von Waffenlagern und unbefugtem Waffenbesitz der 34jährige Händler Christian Heud aus Rostock und der Arbeiter Johannes Albers aus Hamburg sowie drei weitere Genossen aus Rostock zu verantworten. Dem Angeklagten Heud wird zur Last gelegt, daß er im Jahre 1923 der Waffenaufkäufer der kommunistischen Zentrale war. Auch soll er militärischer „Partisan-Terror-Leiter“ usw. gewesen sein. Angeklagter Heud verneint dieses, er will nur Agitation unter der Landarbeiterschaft in Mecklenburg und Schlesien betrieben haben. In Rostock lernte er den Gutsleiter Schönke kennen, der ihn wiederholt zu Terrorakten, Brandstiftungen und Attentaten auf Gewerkschaftsbeamte aufgefordert habe. Es habe sich später herausgestellt, daß dieser Schönke ein Lockspiegel der Völkischen war. Wiederholt habe er beobachtet, wie große Mengen Waffen und Munition von den völkischen Kampfverbänden auf den mecklenburgischen Gütern versteckt gehalten wurden. Um die Waffenlager zu erründen, habe er sich einmal als völkischer Führer ausgegeben und wollte Selbstschutzorganisationen in Mecklenburg bilden. Hier wäre er von dem Freieren v. Rünberg zum Waffenhändler Deutschbein verwiesen worden, mit dem er auch später in Verbindung trat. Dort hätte er größere Lager von Waffen und Munition vorgefunden. Derselbe Waffenhändler hätte ihn nach Hannover verwiesen. Auch dort wären mehrere Kisten Pistolen und Gewehre vorhanden gewesen. Heud schildert in erster Linie, wie er in seiner 22monatigen Untersuchungszeit von dem Landgerichtsdirektor Jürgens mit mittelalterlichen Mitteln auf barbarische Weise gequält worden sei, um ein Geständnis zu erzielen. Auch habe er den Untersuchungsrichter Jürgens in Kenntnis gesetzt von dem ungeheuren Waffenlager der beiden Besitzer Freier v. Rünberg und Waffenhändler Deutschbein. Jedoch Anklage wäre gegen beide nicht erhoben worden, sondern die Herren wären als Zeugen vernommen und hätten natürlich ausgesagt, daß seine Aussagen nicht wahr wären. Der Rechtsanwalt Justizrat Dr. Fränkel stellt darauf den Antrag, den Untersuchungsrichter Landgerichtsdirektor Jürgens als Zeuge zu vernehmen, der auch bereits vom Staatsgerichtshof geladen war, aber infolge des gegen ihn schwebenden Strafverfahrens gestrichen wurde.

Am zweiten Verhandlungstag wurde der Angeklagte Berger vernommen. Er bestreitet, Partisanenführer gewesen zu sein. In den Tagen, an denen er als Partisanenführer herumgereist sein sollte, sei er täglich beim Arbeitsnachweis gewesen, was sich aus den Stempeln ergebe. Bei der Untersuchung habe er den Untersuchungsrichter Jürgens gebeten, beim Arbeitsnachweis dienstbegünstigt nachzuforschen, aber Jürgens habe das abgelehnt, wie er alles unterlassen habe, was der Entlastung des Angeklagten dienen konnte. Berger legte darauf eine Reihe von Stempeln vor, aus denen sich ergab, daß er zweimal täglich Stempeln ging.

Darauf wendet sich die Verhandlung der Aussage eines gewissen Schimmel zu, der nach den Angaben der Angeklagten ein Spitzel ist und mit Jürgens unter einer Decke gesteckt habe. Auch der ehemalige Kommunist Rölpin, der als Zeuge auftritt, wird von kommunistischer Seite als Spitzel bezeichnet.

Otto Ernst Flachsmann.

Eine Erinnerung an den rasenden Philister.

Von Walter Victor.

Otto Ernst ist gestorben; er hat keine gute Presse dabei gehabt, wenn man von den Organen abliest, die er in den Jahren nach der Revolution mit seinen giftgeschwollenen Artikeln wider den französischen Erbfeind versorgte. Welch tragisches Geschick! Ein junger Lehrer, der mit den Vorurteilen der Philister und Steiltrommlern in Konflikt geriet und Rebellion dichtete — so fing er an, und in den Spalten des „Fridericus“ ging er zugrunde.

„Historisches Werden! Historisches Wachsen!“
Mit Euren albernem Phrasen und Fagen!
Werden und Wachsen — kann's denn geschehen
Ohne die Sonne neuer Ideen?

So dichtete er, als er noch Mitarbeiter der Unterhaltungsbeilage der Arbeiterpresse, der „Neuen Welt“, war, vor mehr als zwei Duzend Jahren! Und er, der in jenen Jahren das Kampspanier für die Schulreform und gegen die Philister vorantrieb, der als Sinnbild der Reaktion die Figur des Flachsmann schuf, er hat, geistig verfeuert, sich selbst in einen Flachsmann verwandelt und in dem Moment als rasender Philister die Hege angeführt gegen alles, was er einmal gewollt hat, als man es zu verwirklichen begann.

Es ist in diesen Tagen seines Todes manches Bild der Tragikomödie entrollt worden, die sein Leben und Wirken bildete. Der rundliche Otto Ernst mit dem Schiefhals der Flottbeter Einwohnerversammlung auf dem Buckel — das war in der Tat für den eine schmerzliche Grotteske, der einmal als Junge sich an „Amnis Sempiternus“ begeistert hat. Die eigentliche Tragik liegt aber auf seinem eigentlichen Gebiete, der Pädagogik. Und da erinnere ich mich einer Gerichtsverhandlung vor einem Hamburger Schöffengericht, die wohl in der ersten Hälfte des Jahres 1920 stattfand, und in der Otto Ernst als Zeuge fungierte.

In Hamburg hat man gerade auf dem Gebiete der Schulreform zu Beginn der Revolution diejenigen Vorbereitungen zu schaffen verstanden, die — um mit Otto Ernst zu reden — ein Werden und Wachsen in der Sonne neuer Ideen gestatteten, wie denn Hamburg noch heute denselben tapferen Führer, unseren Emil Krause, auf dem wichtigsten Schulposten hat. Selbst den eifrigsten Pionieren einer entschiedenen Schulreform wurde Raum gegeben, und es entstanden die „Gemeinschaftsschulen“ als Ausdruck eines Erziehungswillens, der in der Liebe zur Jugend, zum Kinde wurzelte. Kurt Zeidler, einer der jungen Schulrevolutionäre, schrieb das wundervolle Büchlein „Vom Erziehenden Erzieht“, über das sich die Schulreaktion mit einem wahren Wutgeschrei stürzte. „Ferkel!“ schrie die „Hamburger Worte“, der heutige „Fridericus“, und Kurt Zeidler mußte den Herausgeber F. C. Holz wegen Beleidigung verfluchen. Arm in

Arm mit seinem Kronzeugen Otto Ernst trat der völkische Revolverjournalist in die Schranken.

„Unsere moderne Erziehungslehre ist die allgemeinste, zum Prinzip und zum System erhobene Affenliebe, wenn ich in dieser Lehre überhaupt etwas von Liebe zu entdecken vermöchte“ — so hatte der Mann, der einmal den „Flachsmann als Erzieher“ geschrieben hat, schon vorher in einem Pamphlet gegen die entschiedenen Schulreformer geurteilt! Der Prozeß zeigte ihn als hemmungslosen Hejler gegen die Ideale der eigenen Jugend. „Bahnwähliche Gesellen“ und „fahrtsüchtige Brandstifter“ nannte er die Schulreformer, die die Schule, so meinte er, in „einen Urwald mit Papageien und Brillaffen“ (!) verwandeln wollten. Und das waren noch die zahlreichsten Ausdrücke eines Menschen, dem jedes Gefühl dafür abging, wie sehr er sich selbst bis auf das Hemd eines wildgewordenen Spielers entkleidete.

Da war Flachsmann, wie er im Buche des anderen Otto Ernst stand — jeder Zoll ein verkalkter Teufel! Und dieser Mann, der immer ein unterlegender Kämpfer war, war, als er älter wurde, nicht einmal seinem letzten Gegner, sich selbst, gewachsen. Ueber den Schatten des jungen Otto Ernst ist er in die Väterlichkeit hineingestoptert. Der Alkohol hat ihm geholfen, das Leid zu vergessen, und wenn das Leid zu Ende ging, beschimpfte er Poincaré mit der Phrasologie der Rasphemie, und die Halentzupresse druckte den Unflut.

Als er noch ein Dichter war, hat Otto Ernst einmal an irgendeiner Stelle von dem Glauben der Jugend geschrieben, den man sich auch nicht „mit Folterqual und Hüllenpein“ solle rauben lassen. Und so bildet er und sein Geschick für die junge Generation jene immer wieder notwendige Warnung, die Posa dem jungen Carlos vermittelt: „Sagen Sie ihm, daß er der Träume seiner Jugend soll Achtung tragen, wenn er Mann sein wird.“

Was empfindet der Mensch beim Absturz? Bisher nahm man als feststehende Tatsache an, daß ein Mensch, der von der Spitze eines hohen Gebäudes in die Tiefe stürzt, im Fallen sein Bewußtsein verliert, sofern er nicht gar, bevor er den Boden erreicht, durch den Luftdruck getötet wird. Diese Annahme ist jetzt durch das ausregende Experiment eines tüchtigen Luftschiffers als irrig festgestellt worden. Der Soldat Bourdeau, der sich auf dem Selbsttötungsflugplatz in Amerika als Sachverständiger in allen Fallschirmfragen einen Namen gemacht hat, hat den praktischen Beweis erbracht, daß die Annahme der Bewußtseinslöschung während des Falles aus großer Höhe durchaus irrig ist. Sein Versuch galt nicht der Sensation, sondern dem ersten, wissenschaftlichen Zweck, im Interesse des Flugsportwesens hierüber Klarheit zu schaffen. Bourdeau nahm auf einem Militärflugzeug mit seinem Fallschirm Platz, das in einer Höhe von 1500 Metern monoovertierte. Von dieser Höhe stürzte er sich mit seinem Fallschirm kopfüber in die Tiefe. Mit der einen Hand hielt er die Schnur, die das Öffnen des Fallschirms bewirkt, mit der anderen eine Stoppuhr, die er beständig vor Augen hatte, um

Sekunde für Sekunde den Fall zu kontrollieren. Mit atembeklemmender Spannung verfolgten die Zuschauer auf der Erde und der Flugzeugführer aus der Höhe die wilden Sprünge des vom Wind umhergewirbelten Menschenkörpers in der Luft. Der Mann fiel von Sekunde zu Sekunde mit der Schnelligkeit eines Geschosses herab. Wie er später erklärte, hatte er nicht einen Augenblick das Gefühl einer Sinnenttäuschung. Alles, was er empfand, war das gewaltige Sausen der Luft, die ihn beim Fallen umrauschte. Er hatte beschlossen, erst nach 30 Sekunden durch Ziehen der Schnur den Mechanismus zu betätigen, der den Fallschirm öffnet. Diese Zeit war abgelaufen, als er an die 1300 Meter heruntergefallen war. Als er sich durch einen Sturz auf die Stoppuhr überzeugt hatte, daß die Zeit gekommen war, bewirkte er durch Ziehen der Schnur das Öffnen des Fallschirms. Der Schirm funktionierte auch tadellos, und Bourdeau landete ruhig auf dem Boden und erklärte mit Genugtuung, daß er während des Falles nicht einen Augenblick sich einer Gefahr bemußt gewesen wäre.

Das deutsche Buch im Auslande im Jahre 1925. Während noch das Jahr 1923 trotz der inflationistisch gesteigerten Ausfuhr wertmäßig eine nur geringe Exportziffer deutscher Bücher und Musiknoten zeigt, stieg diese bereits 1924 um fast ein Drittel, nämlich von 26,40 Millionen Mark auf 39,06 Millionen Mark und im Jahre 1925 auf 47,7 Millionen Mark. Mengenmäßig allerdings zeigen sich keine erheblichen Unterschiede, ein deutliches Zeichen, daß die Nachfrage des Auslandes sich wieder wie im Frieden auf die deutsche Qualitätsware in Büchern und Musiknoten richtete. Die Friedensbeträge selbst sind allerdings weder mengen- noch wertmäßig erreicht. Im Jahre 1913 wurden beispielsweise 16 805 Tonnen im Werte von 67,19 Millionen Mark ausgeführt, im vergangenen Jahre nur 3096 Tonnen im Werte von 47,7 Millionen Mark.

Besonders stärker ist das Anwachsen der Einfuhr von Büchern aus dem Auslande. Noch 1923 blieb der Import unter 1000 Tonnen, bereits 1924 stellte sich die Einfuhrziffer auf 1704 Tonnen im Werte von 6,81 Millionen Mark. Im Jahre 1925 aber ist bereits fast das Doppelte erreicht und über die Hälfte der Friedensmengen eingeführt worden, nämlich 3066 Tonnen für 12,79 Millionen Mark; die Friedensziffer von 1913 zeigt eine Einfuhr von 5794 Tonnen für 23,18 Millionen Mark. Als Hauptabnehmer erscheinen unverändert in den letzten Jahren die auch innerlich am meisten verwandten Länder Oesterreich und die Schweiz mit mehr als ein Drittel.

Die Krausführung „Des Graubal des unbekanntem Soldaten“ findet im Deutschen Theater Duisburg, den 16. 7. 1925, statt.

Das liberale Berlin ist das Thema des Bildervertrags, den Dr. Hans Radowsky Sonnabend, 8 Uhr, im Kunsthistorischen Museum hält.

Der Jerusalemser (Zeitung Prof. Wolfgang Meißner) veranstaltet am Freitag, 8 Uhr abends, in der Jerusalemser einen Sach-Abend.

Vorträge. Sonnabend, 7 1/2 Uhr, findet in der Akademie der Wissenschaften der letzte Vortrag statt. Der schwedische Forscher Knor Gullstrand spricht über „Optische Bilder“. — Eintrittskarten beim Vortrager.

Studentenstreik in Rumänien. Die rumänische nationale Studentenliga beschloß, den Generalstreik in den Universitäten so lange durchzuführen, bis die Zulassungsbekanntmachung für die Juden eingeleitet ist. Der Unionsminister versagte die Schließung aller Hochschulen des Landes.

Die Geldgeber der „SK“.

Landbund und Industrielle.

Der Fememorduntersuchungsausschuss des Preussischen Landtages legte am Donnerstag in öffentlicher Verhandlung unter dem Vorsitz des Abg. Brandenburg (Soz.) seine Untersuchungen mit der nochmaligen Vernehmung des Kriminalkommissars Dr. Stumm fort. Dieser Zeuge soll sich zunächst gemäß einem Beweisantrage Riebel (Dem.) darüber äußern, ob Fememörder innerhalb der Schwarzen Reichswehr (S. R.) und ob die S. R. durch Geldmittel, Sachunterstützungen usw. von Industrieverbänden, dem Reichslandbund und leitenden Mitgliedern der Arbeitervereine unterstützt worden sind. Der Zeuge befindet:

Der größte Teil der von der S. R. benötigten Gelder wurde vom Landbund ausgebracht.

Der offiziell in der Leitung des Reichslandbundes tätig gewesene jetzt verstorbene Major Hagemann war der Verbindungsmann zur S. R. An erster Stelle hat sich der Rittergutsbesitzer v. Oppen für die Beschaffung der Gelder betätigt. Die Geldmittel sind ihm, wie er selbst erklärt hat, reichlich zugekommen.

Die vernommenen Zeugen haben fast übereinstimmend ausgesagt, daß das Geld vom Landbund, von der Landwirtschaft und der Industrie gemeinsam ausgebracht worden sei. Für die Industrie kam namentlich die Zweigstelle „Emaillier-Werke“ der Firma Hugo Stinnes in Hamburg in Frage. Wenn man die in Inflationsgeld im Jahre 1923 durch die Firma Stinnes eingezahlten Gelder in Goldmark umrechnet, kommen etwa 5000 M. heraus, die an die S. R. gezahlt wurden. Der Direktor der Emaillier-Werke Laug gab über seine Verbindung mit der S. R. vor dem Polizeipräsidium folgendes an: Im Jahre 1922 bestand, wie aus allen Zeitungen ersichtlich war, die Gefahr eines Poteneinfalles in Oberschlesien und anderen Gegenden Ostdeutschlands. Da Küstrin nur etwa 80 Kilometer von der Grenze entfernt liegt, bedrückte sich der Bevölkerung Küstrins eine außerordentliche Nervosität. Mir wurde bekannt, daß Selbstschußorganisationen gebildet wurden, und ich stellte mich in Küstrin zur Verfügung.

Man nahm mich bei der K-Gruppe bereitwillig an. (K-Gruppe ist das Arbeitskommando.) Die Leiter dieser Gruppe in Küstrin waren Major Buchdrucker und Oberleutnant a. D. Schulz. Zur finanziellen Unterstützung der Gruppe führte sich das Emaillierwerk moralisch verpflichtet. Die Zahlungen gingen teilweise an Buchdrucker und Schulz. Ueber die gesamte Zusammenarbeit mit der S. R. wurde die Rembrandantur unterrichtet. — Der Zeuge Kriminalkommissar Dr. Stumm zählt dann die einzelnen Einzahlungen für die S. R. auf, die in Inflationsgeldern geleistet worden sind. Es handelt sich um Millionen- und Milliardenbeträge. Der Zeuge verweist darauf, daß bei der Bank für Textilindustrie ein Zahlmeister der Gruppe des Schulz am 15. September 1925 ein Konto eröffnet habe unter der Bezeichnung Wehrkreis-Kommando III. Dort zahlte Herr v. Oppen, die Landbundgesellschaft Westhavelland und Oberleutnant Oppermann ein. Von den betreffenden Konten liegen Abschriften vor, aus denen sich die Truppen im einzelnen ergeben. Es handelt sich um Posten, wie 21 Milliarden aus Frankfurt a. O., 17 Millionen aus Stoll, 8 Milliarden aus Berlin, 100 Dollar Schaganweisungen, wofür über 14 Milliarden erlöst wurden. Am 20. Oktober sind 25 Milliarden eingegangen. Bei der Bank Burckhardt u. Co. sind ebenfalls Zahlungen für Oberleutnant Oppermann erfolgt. Da die Bank in Konturs geraten ist, sind die Bücher von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. Aus dem eisernen Bestand der Filiale Spandau soll Oberleutnant Schulz mehrere Zentner Schmalz und andere Lebensmittel erhalten haben.

Von den Deutschen Werken hat Schulz Dreigieß-, Pistolen erhalten. Schulz verfügte über eigene von seiner Organisation gekaufte Lastkraftwagen. Die Ergänzung der Bekleidung erfolgte meist aus den Beständen der Reichswehr in Spandau, ob mit oder ohne Bezahlung ist nicht festgesetzt. Generaldirektor Sier hat 1923 bis zum Küstriner Putz 40 Zivilanzüge geliefert. Ein Mitglied des Zentralverbandes der Landarbeiter, die Schulz zu ihm schickte, 1924 hat Sier dann die Lieferung der „Deutschen Tracht“ ausgenommen und 6000 Anzüge geliefert.

Die Mitglieder der Schwarzen Reichswehr haben Empfehlungsschreiben von Abgeordneten, wie Wulle, Kube usw., bekommen, auch von Oberleutnant Ahlemann.

Von Senden war Verwalter des Klosters Zehdenitz a. d. D. Von dem Gute Merow hat Umbofer den Stahlhelm organisiert. Der Feldwebel Bander war Flurschubbeamter auf dem Gute, ebenso waren die Brüder Klapproth auf einem Gute untergebracht. Thiel und Büchling waren beim Landbund eingestellt.

Berichterstatler Abg. Kuttner (Soz.) richtete dann einige Fragen an den Zeugen. Aus der Befragung ergibt sich, daß Hauptmann a. D. Sier der Sohn des Kleiderfabrikanten ist, bei dem Schulz die Anzüge bestellt hat. Ob sich an der Finanzierung außer Laug auch der Generaldirektor Rinow beteiligt hat, ist dem Zeugen nicht bekannt. Auf Weiterbefragung des Zeugen durch den Abg. Dr. Badt (Soz.) macht der Zeuge Ausführungen über

Die Arbeitskommandos (A.-K.).

die zur Sammlung und Ablieferung der zerstreuten Waffentage bestimmt waren. Schulz, der Leiter eines solchen A.-K. in Küstrin, benutzte diese Verhältnisse, um sich durch Zusammenstellung solcher Arbeitskommandos aus zuverlässigen Leuten eine eigene Truppe zu schaffen. Er vergrößerte diese Arbeitskommandos über Gebühr, so daß z. B. auf der Filiale Spandau 3000 Mann in solchen Arbeitskommandos vereint waren. Wenn irgendwelche Kontrollbesuche stattfanden, so sollen die überschüssigen Leute in den Kasernen usw. versteckt worden sein. Darüber werde Regierungsdirektor Dr. Weß genau ausfragen können.

Von der Verbergerung von Waffen beim Hofprediger Vogel und Rittergutsbesitzer Kähne ist dem Zeugen nichts bekannt.

Abg. Riebel (Dem.) stellt fest, daß im Mai 1922 etwa 33 Millionen für die Schwarze Reichswehr vom Landbund zur Verfügung gestellt worden sind. Damals habe der Dollar auf 280 bis 300 Goldmark gestanden. Es wäre also ungefähr eine Million Goldmark gegeben worden.

Abg. Obuch (Komm.): Was hat die Untersuchung über die Zugehörigkeit von Fememördern zur Schwarzen Reichswehr ergeben?

Zeuge: Die unter dem Verdacht von Fememorden bisher verhafteten und verfolgten Personen gehören sämtlich der Schwarzen Reichswehr an. Teils war der Fememord ein örtliches Unternehmen, teils sind dieselben führenden Personen an mehreren Orten in Fememordangelegenheiten aufgetaucht, wie Büchling und Klapproth.

Abg. Obuch (Komm.): Lag nicht eine einheitliche Führung der Schwarzen Reichswehr vor? Haben Sie von einem Oberleutnant Graf Bunder gehört, der die Weisungen von Schulz zur Verwendung der Fememörder erhielt?

Zeuge: Jawohl.

Weiter befindet der Zeuge auf Befragen, es sei ihm bekannt, daß der Landbund eine besondere Umlage erhob, um die Gelder für Major Hagemann, dem Verbindungsmann des Landbundes zur S. R., zu beschaffen. Anhaltspunkte, daß die Gelder des Landbundes für Morstaten der S. R. benutzt worden seien, habe er bisher nicht.

Abg. Badt (Soz.) verweist darauf, daß nach der Denkschrift des Reichswehrministers Schulz keine direkte Verfügungsgewalt über die Arbeitskommandos hatte, sondern sich mit dem Wehrkreis-Kommando III in Verbindung setzen mußte.

Der Zeuge erklärt hierzu, daß seine persönlichen Erfahrungen dahin gingen, daß Schulz über die Arbeitskommandos direkte Befehlsgewalt hatte. Dem Range nach höhere Offiziere hätten sich willig den Verfügungen des Schulz untergeordnet.

Die Verhandlungen dauern fort.

Vor den Toren.

Das Volksbegehren in der Umgebung Berlins.

Daß das Volksbegehren sich in den westlichen Vororten durchaus nicht überall der größten Beliebtheit erfreut, erscheint seit selbstverständlich. Hier wohnen — neben anderen — diejenigen, die unter den Fürsten zu Titeln und Orden kamen; hier wohnen auch die Leute, die in der Monarchie sich immer wohl sein lassen konnten, und die stets wußten, wie man sich Beziehungen „nach oben“ verschafft. Jetzt kann's ihnen daher auch recht sein, wenn den Fürsten wieder zu Macht und Einfluß verholfen werden würde, wenn ihnen das Volk ein Milliardengehalt machte. Handelt es sich darum, die ungeheuren Summen auch aufzubringen, werden sie sowieso schon verstehen, sich zu drücken. Wir kennen die Mentalität dieser Herrschaften, wir werden so leicht nicht ändern. Im Rathaus Nikolasee ist vom Volksbegehren nicht viel zu merken. Dagegen prangt im Eingangstür zwischen zwei anderen Wappenschildern noch der Reichsadler der Monarchie mit Zepher, Reichsapfel und Krone! In Wannsee muß man zur Einzählung ebenfalls ins Rathaus gehen. Hier sind Markierungen deutlich sichtbar angebracht. Es ist nach Arbeitschluss, eben kommt ein altes Arbeiterpaar. Nach wenigen Minuten schon verlassen beide wieder das Lokal, strahlend vor Befriedigung. „Na, vielleicht

Freie Sozialistische Hochschule

Sonnabend, 13. März, 7 1/2 Uhr abends, im Sitzungssaal des ehem. Herrenhauses, Leipzig-Str. 3, Vortrag des Genossen Prof. Dr. E. Lederer-Heidelberg:

„Die Krise des britischen Weltreichs“

Eintrittskarten zum Preise von 30 Pf. im Bureau des Bezirksausschusses, Lindenstr. 1, Hof 2 Tr., Zimmer 8, in der Vorwärts-Buchhandlung, Lindenstr. 2, im Zigarrengeschäft Horsch, Engel-ufer 24/25, im Tabakvertrieb GEG., Inselstr. 4, beim Verband der graphisch. Hilfsarbeiter, Alte Jakobstr. 5 und in den Vorwärtsbüchereien.

Lernen wirs den Fürsten doch noch mal heimzählen.“ sagt der Ramm, der so müde und abgemagert aussieht, daß man seinen Wunsch schon begreifen kann. Dann erzählt er vieles aus der Geschichte „seiner“ Sozialdemokratischen Partei, die in dem ja auch nicht gerade proletarischen Wannsee durchaus nicht sonderlich schwach vertreten ist. Aber es ist in diesen Villenvorständen auch nötig, daß unsere Parteigenossen auf dem Posten sind. Denn die Leute in den Villen zwischen den großen Gärten, Parks und Seen machen nicht geringe Anstrengungen, ihre Jofen, Köchinnen, Hausmädchen, Gärtner und Diener in ihrem Sinne zu beeinflussen. Einen ausgezeichneten Eindruck, nicht nur in organisatorischer Beziehung, sondern auch hinsichtlich des erfreulich starken Besuchs macht das Eintragungsbüro Zehdenitz, Anhalter-Str. 4. In den Abendstunden will sich die Tür kaum schließen. Arbeiter, Arbeiterfrauen, Kleinbürger, Beamte — sie alle kommen, ihr Tagewerk durch die Beteiligung am Volksbegehren zu krönen. Das Licht im Zimmer ist etwas trübe, aber das macht nichts. Für diese Sache würden alle ihre Namen selbst im Finstern schreiben, leuchtet doch jetzt endlich auch das Licht der Aufklärung über die Fürstenschande durch alle Finsternis, die die Lügenpresse der Reaktion stets zu verbreiten verstand.

Südlische Vororte.

In Briß feigert sich die Zahl der Einzeichnungen von Tag zu Tag. Während nur in den ersten Tagen durchschnittlich 300 bis 350 Einzeichnungen am Tage vorgenommen wurden, hat sich die Zahl in den letzten Tagen bis über 500 erhöht. Von den Genossen wurden sehr viele Einzeichnenden beobachtet, die bei den letzten Wahlen sich noch zu den Rechtsparteien zählten. Ingesamt haben sich in Briß 2261 Wähler eingetragen. — In Budow, schon mehr eine Landgemeinde, ist der Verkehr in dem Einzeichnungsbüro sehr reger. Auch hier ist die Durchschnittsziffer der Eintragungen von 30 auf 50 täglich gestiegen. Die Partei hat hier eine gute Werbetätigkeit entfaltet. Für die Inzassen des Krankenhauses in Budow besteht auch Einzeichnungsmöglichkeit am Vormittag. Gesamteintragung 214. In Rudow ist die Beteiligung trotz der sehr scharfen Propaganda von rechts ebenfalls sehr reger. Die Wahlziffer der beiden Parteien bei der letzten Stadtverordnetenwahl ist schon jetzt erreicht. Tagtäglich steigt die Durchschnittsziffer. Ingesamt haben sich schon 268 eingetragen. Vor allem wird in diesen Orten rege Werbetätigkeit der Laubentkolonisten und Siedler bemerkt.

Die Gegner des Volksbegehrens arbeiten mit allen Mitteln, um den Erfolg zu hintertreiben. So erschien am Dienstag gegen 6 Uhr abends in der Arminius-Markthalle in der Lurmsstraße eine Frau, die dort die Leute ansprach und sie aufforderte, sich in ihre Listen einzutragen, dann könnten sie den Gang zum Einzeichnungsbüro ersparen. Es sollen tatsächlich einige Leute dieser Gaunerin ins Garn gegangen sein. Es ist ganz selbstverständlich, daß jeder, der seine Stimme gegen den Fürstentraub abgeben will, sich persönlich im Einzeichnungsbüro einfinden muß, um dort seinen Namen einzutragen.

Wildwest in der Danziger Straße.

Der Einbruch mit Kanonenschlägen.

Der raffinierte Anschlag, der gestern abend kurz vor Geschäfts-schluss auf den Juwelensladen von Bonned in der Schönhauser Allee 45 verübt wurde, ist auch heute noch nicht weiter aufgeklärt. Die Verbrecher haben ohne Zweifel sich das Schaufenster vorher genau angesehen. Seit vier Tagen waren außer anderen Schmuck- und Wertgegenständen zwei besonders kostbare Paar Ohrringe ausgestellt, ein Paar Hängeohrringe im Werte von 30000 M. und ein Paar Boutons, die 15000 M. kosteten. Die Hängeohrringe trugen zwei mittlere Brillanten von zusammen 7 Karat und darunter mehrere kleinere Brillanten, die zusammen 3 Karat wiegen. Die beiden mittleren Brillanten der Boutons wiegen zusammen 4,6 Karat und die kleineren zusammen 2 Karat. Alle diese Steine haben einen modernen runden Schnitt und einen bläulichweißen Glanz. Diese beiden Stücke hoben ohne Zweifel die Verbrecher an. Nur sie hatten sie mit den Cluis aus der Auslage durch das zertrümmerte Schaufenster herausgerissen und mitgenommen.

Zur Ablenkung des Publikums dienten, wie wir heute früh schon mitteilten, zwei Kanonenschläge, die kurz hintereinander fielen. Den gewaltigen Anstoß benutzten die Verbrecher, um das Schaufenster mit einem schweren Stein, den sie in einen Lappen eingewickelt hatten, zu zertrümmern. Der Krach der Kanonenschläge war so stark, daß die Leute im Laden von Zertrümmerung der Scheibe nichts hörten, zumal da die Umwälzung des Steines das Geräusch des Wurfes stark dämpfte. Das freisichende Loch mißt etwa 30 Zentimeter im Durchmesser. Es liegt gerade in der Höhe der ausgestellten Ohrringe. Der Verbrecher, der den Stein warf, brauchte nur rasch durchzulangen, um sich in einem einzigen Augenblick der beiden Schmuckstücke zu bemächtigen. Bevor das Publikum sich von dem ersten Schreck erholt hatte, konnte er mit der Menge, die auseinanderstob, verschwinden. Wie die Kanonenschläge an der Schnur angezündet und fallen gelassen worden sind, hat nach den bisherigen Ermittlungen niemand gesehen. Ob ein „Feuerwerker“ oder zwei tätig waren, läßt sich nicht sagen. Die Stelle unter dem Hochbahnweg gerade gegenüber dem Juwelersladen

mar mit Bedacht gewählt, weil hier der Knall unter der Ueberdachung am stärksten sein mußte. Außerdem ist es auf dem Mittelwege unter der Hochbahn immer ziemlich dunkel. Auch das kann den Verbrechern zugute. Das Publikum, das um die Abendzeit in dieser Gegend immer sehr zahlreich verkehrt, war vor Schreck einen Augenblick fast gelähmt. Die einen dachten an eine Gasexplosion, die anderen an Handgranaten. Alles stob auseinander, stüchelte unter dem Hochbahnweg weg, weil man fürchtete, daß das Gerüst gesprengt sei und mit der schweren Last herunterkommen werde, und suchte zum größten Teil auf den Fluren der benachbarten Häuser Deckung. Zwei Schupowachtmänner, die zufällig etwa 20 Schritte von dem Laden entfernt auf der Straße standen, liefen sofort nach den beiden, ein paar Schritte auseinander liegenden Kanonenschlägen, und fanden hier die Reste der Kanonenschläge, angebranntes Papier und Bindfäden. Als das Publikum sah, daß sich nichts weiter ereignete, sah es auch wieder Mut und kam nach der Stelle zurück. Der ganze Vorgang spielte sich in wenigen Minuten ab. Unter den ersten, die auf der Straße wieder herauskamen, befanden sich auch der Juwelier Bonned und seine Angestellten, die von dem doppelten Knall beinahe betäubt gewesen waren. Erst auf der Straße sahen sie, als sie sich umwandten, daß die Schaufensterbrüche ein großes Loch hatte und daß die beiden Schmuckstücke verschwunden waren. Die anderen Auslagen waren mit Glasplättchen besetzt. Ein Kriminalbeamter, der ebenfalls in der Nähe war, nahm mit den beiden Schupowachtmännern sofort die Ermittlungen auf, die heute fortgesetzt werden. Bisher ist noch niemand ermittelt worden, der auch nur einen der Verbrecher gesehen hätte. Der Stein, das Papier und und der Bindfaden wurden beschlagnahmt und sollen im Hofe des Polizeipräsidiums ausgestellt werden. Der bestohlene Juwelier hat auf die Festnahme der Verbrecher und die Wiederbeschaffung der Schmuckstücke eine Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen zur Aufklärung an Kriminalkommissar Moritz im Zimmer 62 des Polizeipräsidiums.

Zur Abwehr von Ausschreitungen.

Die Schupolizei in besonderer Bereitschaft.

Der Polizeipräsident teilt mit:

„Ungeachtet meiner Warnungen vom 6. Februar stören in letzter Zeit rabaukultige Elemente, darunter auch Angehörige des Roten Frontkämpferbundes und des Roten Jungsturmes in Gruppen und einzeln die öffentliche Ordnung, Ruhe und Sicherheit durch Ueberfall auf andere Denkende und Beamte der Schupolizei in einer Weise, die nicht gebuldet werden kann und mir zu folgenden weiteren Maßnahmen Veranlassung gibt: Die Schupolizei wird, gegebenenfalls unter vorübergehender Hinzuschaltung anderer Aufgaben, bis auf weiteres in besonderer Bereitschaft gehalten, und ständig werden starke Streifen auf Kraftmagen die betroffenen Stadtteile durchfahren; zahlreiche Kommandos zu Fuß und zu Rad werden unterwegs sein. Das Stockverbot bleibt selbstverständlich bestehen und wird, ebenso wie das Verbot des Waffentragens bei Veranstaltungen unter freiem Himmel und geschlossenen Räumen, streng durchgeführt. Gegen Zuwiderhandelnde und Ruhestörer wird mit rücksichtsloser Energie vorgegangen. Sie werden festgenommen, in das Polizeipräsidium eingeliefert und ihrer gerechtfertigten Strafe zugeführt.“

Der neue Bothmer-Prozess.

Wegen schwerer Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug hatte sich heute die Gräfin Ellinor v. Bothmer vor dem Potsdamer Schöffengericht zu verantworten. Neun Zeugen sind geladen, darunter der frühere Potsdamer Staatsanwalt v. Bekinger, der nicht erschienen war und angibt, krank zu sein. Die Verteidigung haben Rechtsanwalt Bahy und Brandt-Berlin übernommen. Die Verteidiger brachten einen Ablehnungsantrag gegen den Vorsitzenden ein und begründeten den Antrag dahin, daß der Vorsitzende gegen die Angeklagte voreingenommen sei. Die Differenz des ersten und zweiten Urteils spreche dafür. Auch sei die Angeklagte vom Vorsitzenden in der ersten Verhandlung mit „Frau v. Bothmer“ anstatt mit „Frau Gräfin“ angeredet worden. Darauf wurde um 10 Uhr die Verhandlung vertagt, um über den Antrag der Verteidigung Beschlus zu fassen.

Vom Gerüst gestürzt. Heute vormittag gegen 10 Uhr stürzte der 30 Jahre alte Maurer Bruno Kneiding aus der Borussienstraße 50 vom Gerüst in der Königgräber Straße 118 aus beträchtlicher Höhe ab. Er blieb bewußtlos liegen. Ein Wagen des Städtischen Rettungsamtes brachte den Verunglückten nach dem Urban-Krankenhaus, wo ein schwerer Schulterbruch und innere Verletzungen festgestellt wurden.

Rechtskräftig gewordene Handelsverbote. Der Polizeipräsident teilt mit: Im Monat Februar 1926 sind folgende Handelsverbote rechtskräftig geworden: 1. Kaufmannsgepaar Friß und Anna Schadowitz, Berlin, Eldenerstraße 9, wegen Hehlerei; 2. Rotterbedesiger Hermann Spefowski, Berlin, Schmedder Straße 34, wegen Raubmittelsverfälschung; 3. Schankwirt Rudolf Hölzig, Berlin, Worschauer Straße 48, zurzeit Irrenhaus, Kreis Beeskow-Storkow, wegen fortgesetzter Hehlerei. Wegen Verstosches gegen die wirtschaftlichen Bestimmungen sind 109 Verwarnungen erteilt worden.

Ein erledigter Hungerkünstler. Herr Jolly, der Hungerkünstler, hat bekanntlich Nachfolger gefunden. Diese Hungerkünstlerleistungen treten fast epidemisch auf. So hungern augenblicklich drei, vier Leute sportlich in Berlin. Nichtsportlich hungern allerdings weit mehr. Einer dieser Herren, Eric, der sich in der Lindenpassage in einem Glaskasten verriegeln ließ, ist gestern Nacht nach sechsstündigem Hungertraining aus seinem magren Gefäßnis ausgebrochen. Gegen Mitternacht vernahm der Manager des Eric ein heftiges Klopfen an den Glaskasten und rief zugleich von der nächsten Rettungswache einen Arzt an. Nach Desinfektion des Glaskastens wurde Eric gründlich untersucht und eine vernachlässigte Gallenblauentzündung festgestellt. Der Manager schrie Zeter und Mordio und auch Eric protestierte heftig, der Arzt jedoch ordnete die sofortige Unterbrechung des Hungersports an.

Der Kirchenaustritt in Berlin. Wie überhaupt in einer Großstadt ist für den Arbeiter schon deswegen immer mit Schwierigkeiten verbunden, weil der Weg zum Amtsgericht und die Abfertigung dort so viel Zeit in Anspruch nimmt, daß immer so ziemlich ein Tageslohn dafür eingehört wird. Aus diesem Grunde ist eine Einrichtung sehr zu begrüßen, die die Arbeitsgemeinschaft der freigeistigen Verbände der deutschen Republik, Ortsgruppe Berlin, getroffen hat und durch die der Kirchenaustritt gegen eine sehr mäßige Gebühr in den Abendstunden durch einen Notar vorgenommen wird. Diese notariellen Sprechstunden finden jeden Dienstag und Freitag, abend von 7—8 Uhr, in den Räumen des Vereins der Freidenker für Feuerbestattung E. B., Berlin AD. 18, Friedenstr. 60 (Laden) statt. Wie wir hören, sind diese Sprechstunden schon von vielen Tausenden besucht worden.

Das Seminar für Bodenreform (Berlin NW. 23, Lessingstr. 11) erfreut sich einer regen Teilnahme. Der Arbeitsleiter, Direktor Max Noth, läßt es sich angelegen sein, hervorragende Männer der Praxis zum Worte kommen zu lassen. Am 12. März, abends 8 Uhr, spricht Stadtrat Möllenhoff, Frankfurt a. d. O., aus seiner praktischen Erfahrung über Mittelbeschaffung für den Wohnungsbau und Kulturaufgaben ohne Belastung der Arbeit. Am darauf folgenden Freitag, den 19. März, abends 8 Uhr, spricht der zweite Vorsitzende des Bundes Deutscher Bodenreformer, Geheimrat Erman, über das Bodenreformgesetz. Gäste haben zu diesen Vorträgen unentgeltlich Zutritt.

